



Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

dju in ver.di • ver.di-Bundesverwaltung • 10112 Berlin

Bundesverwaltung

Cornelia Haß
Bundesgeschäftsführerin
Deutsche Journalistinnen-

cornelia.hass@verdi.de

www.dju.verdi.de

Datum 28. Juli 2016

■ Resolution der Tarifkommission der dju in ver.di

■ Die Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union (dju) in ver.di ist entsetzt über die neuerliche Verhaftungswelle in den Medien nach dem missglückten Putschversuch in der Türkei. Die aktuellen Haftbefehle gegen etwa 90 türkische Medienschaffende, von denen einige bereits inhaftiert wurden, seien absolut inakzeptabel. Im Visier der türkischen Justiz stehen Journalistinnen und Journalisten, die für Zeitungen, Nachrichtenwebseiten, aber auch für den staatlichen Rundfunk TRT arbeiten. 16 Haftbefehle, etwa gegen die bekannte Regierungskritikerin Nazli Ilicak und den ehemaligen Hürriyet-Onlinechef Bülent Mumay, sollen bereits vollstreckt worden sein. Seit dem Putschversuch hat die türkische Regierung zudem 20 Nachrichtenwebseiten, 3 Nachrichten-Agenturen, 16 TV-Sender, 23 Radio-Stationen und 45 Zeitungen geschlossen.

Die dju in ver.di protestiert gegen diese offensichtliche Missachtung der Grundrechte wie Pressefreiheit und Meinungsfreiheit durch die türkische Regierung: „Wir fordern die türkische Regierung auf, die Verhafteten frei zu lassen und die Schließung von Zeitungen und Fernsehsendern rückgängig zu machen“, sagte der Vorsitzende der dju in ver.di, Ulrich Janßen.

Die türkische Regierung nutze den missglückten Putschversuch als Vorwand, um das Mediensystem sowie die Medienschaffenden unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen und damit Oppositionelle und vermeintliche Regierungskritiker mundtot zu machen.

Das massive Vorgehen gegen kritische Medienschaffende sei auch als Versuch zu werten, alle Journalist_Innen einzuschüchtern und auf die Linie der Regierung zu bringen.

Als Reaktion auf den Putschversuch hat die türkische Regierung den Ausnahmezustand verhängt und damit unter anderem das Recht der Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt, sich wegen der Verletzung ihrer Rechte an das türkische Verfassungsgericht zu wenden. Die dju in ver.di fordert die unbedingte Achtung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit durch die türkische Regierung und die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands.

Die dju in ver.di zeigt sich solidarisch mit den betroffenen Journalist_innen und Medienhäusern und sichert ihnen ihre volle Unterstützung zu. Bereits seit Jahren beobachtet die dju in ver.di besorgt den Zustand der Pressefreiheit in der Türkei, wo schon vor dem Putschversuch mehrere Dutzend Journalistinnen und Journalisten inhaftiert und Medien, deren Inhalte der Regierung nicht genehm waren, geschlossen wurden.

Mehrfach haben Vertreter der dju in ver.di in den letzten Jahren als Prozessbeobachter an Prozessen gegen Kolleginnen und Kollegen teilgenommen und die Missstände öffentlich gemacht. Darüber hinaus hat die dju in ver.di auch Patenschaften für inhaftierte Kolleg_Innen übernommen.